

Für die Wahlperiode November 2016 bis November 2018

1. Einleitung

a) Politischer Hintergrund

Wir erleben eine gesellschaftliche Polarisierung, bei der einerseits Rassismus und rechtes Gedankengut und Organisation eine neue bedrohliche Qualität erreichen. Die AfD ist in den Bundestag eingezogen. Sie profitiert bundesweit von der verstärkten Aufmerksamkeit, die sie durch ihre parlamentarischen Erfolge hat, durch die Schwäche der etablierten Parteien, durch den weit verbreiteten und von der bürgerlichen Mitte immer wieder bestärkten Rassismus. Die Bundesregierung schottet die Grenzen Europas weiter gegen flüchtende Menschen ab und nimmt tausende Tote in Kauf. Die Aussagen von Seehofer gegen Migration und Islam und für den rechten Ex-Verfassungsschutzpräsident Maaßen geben den rechten Auftrieb. Das gibt der gesamten extremen Rechten ein neues Selbstbewusstsein, wie es in Chemnitz zum Ausdruck gekommen ist. Bestärkt wird die AfD durch die Normalisierung in den Medien.

Andererseits sehen erleben wir einen „Sommer und Herbst der Solidarität“ mit einer großen antirassistischen, humanitären und freiheitlichen Gegenmobilisierung von #wir sind mehr, #seebrücke, #ausgehetzt, welcome united und #unteilbar. In Reaktion auf die rechte Gewalt in Chemnitz und Neukölln sind auch in Neukölln 10.000 auf die Straße gegangen. Viele Neuköllnerinnen und Neuköllner beteiligten sich an der Mobilisierung der Unteilbar-Demonstration für Solidarität und gegen Ausgrenzung und trugen zu dem Erfolg bei, dass eine Viertelmillion auf der Straße waren.

Die Große Koalition hat den größten Militärhaushalt der Geschichte der Bundesrepublik verabschiedet. Sie rüstet die Bundeswehr im Verbund mit einigen europäischen Staaten massiv auf. Derzeit erleben wir keine weiteren Sozialkürzungen. Allerdings wird trotz großer finanzieller Überschüsse keinerlei Korrektur an der Agenda-Politik vorgenommen. Mittels der Regelungen der Hartz-Reformen (Drangsalierung von Erwerbslosen, Leiharbeit, Befristungen...) wird weiterhin auf die Ausbreitung des Niedriglohnssektors gesetzt. Zudem bewirkt die Tatenlosigkeit bei der Rentenpolitik massenweise Altersarmut, die stetig zunimmt. Gerade in Neukölln sind die Kombination von niedrigen Einkommen und stetig steigenden Mieten existentielle Probleme für die Mehrheit der Bevölkerung. In der Mietenfrage gab es mit der großen Mieten-Demonstration mit 40.000 Menschen im April 2018 einen Aufschwung und einer Politisierung einzelner Kämpfe.

Der Stand der Klassenkämpfe ist niedrig. Die Streikzahlen nach dem Streikjahr 2015 wieder runtergegangen. Dennoch gibt es vor allem im Dienstleistungsbereich einzelne kämpferische Auseinandersetzungen wie bei Amazon, Ryanair und in einigen Krankenhäusern.

Die Regierungssituation war in den letzten Jahrzehnten nie so instabil wie heute. Die Bildung der Großen Koalition ist nur nach heftigem Aufbegehren der SPD-Linken zustande gekommen. Jederzeit kann es zu Neuwahlen kommen.

b) Dank und Anerkennung

Der Rechenschaftsbericht des Bezirksvorstands ist die Bilanz der politischen Arbeit des Bezirksverbands. Dazu haben die Mitglieder des Bezirksverbands sowie die Basisorganisationen beigetragen. Ihnen allen gehört Dank und Anerkennung für die in den vergangenen Jahren geleistete Arbeit, für ihr Engagement, ihre politische Arbeit, inhaltliche Auseinandersetzung und ihren Einsatz.

c) Vorstand

Im November 2016 wurden Sandra Boden, Maya Eckes, Marlis Fuhrmann, Doris Hammer (stellv. Sprecherin), Ferat Kocak, Jörg Lelickens, Thomas Licher (stellv. Sprecher), Ronald Luther, Lucia Schnell (Sprecherin), Jorinde Schulz, Michael Stöckel, Valentin Pitzen (Schatzmeister), Moritz Wittler (Sprecher), Irmgard Wurdack gewählt. Jörg Lelickens trat im Juni 2018 wegen politischer Differenzen aus dem Vorstand aus. Michael Stöckel und Maya Eckes traten im August bzw. zum Oktober 2018 wegen Auslandssemestern aus dem Vorstand aus.

2. Organisationsentwicklung

a) Mitgliederentwicklung

Beim letzten Rechenschaftsbericht (Stichtag 01.11.2016) lag unsere Mitgliederzahl bei 382. Insgesamt haben wir im Laufe der letzten zwei Jahre 201 neue Genossinnen und Genossen für unsere Partei in Neukölln gewinnen können. Es sind aber auch Mitglieder ausgetreten, umgezogen oder wegen Nicht-Zahlen der Mitgliedsbeiträge gestrichen worden.

In der Bilanz haben wir in der Mitgliederentwicklung einen Zugewinn in den letzten zwei Jahren um 155 Mitglieder zu verzeichnen. Dies ist einen Zuwachs von gut 40 Prozent auf 537 (Stichtag 15.10.2018). Zum Vergleich: in den Jahren 2014-16 lag der Zuwachs bei 10 Prozent.

Wir sind froh, dass wir in den vergangenen zwei Jahren die Neumitgliederbetreuung verbessern konnten. In der AG Neumitgliederbetreuung sind Vertreter*innen aus jeder Basisorganisation. Wir haben regelmäßig Neumitgliedertreffen in Neukölln organisiert. Die Resonanz der Treffen war sehr gut und hat den Neuen und auch uns sehr viel Spaß gemacht.

Zusammensetzung der Mitgliedschaft

Unsere aktuelle Mitgliedschaft ist zu 34 Prozent (186 Mitglieder) weiblich, hiervon allein 51 Prozent in der Altersgruppe 26 bis 35 Jahre. Dies ist eine minimale Verbesserung gegenüber 32 Prozent vom November 2016. Deshalb müssen wir uns weiter verstärkt um mehr weibliche Mitglieder in unserer Partei in Neukölln kümmern.

Zwei Drittel unserer Mitglieder sind unter 40 Jahre. Das Durchschnittsalter der Mitglieder unseres Bezirksverbandes liegt derzeit bei 39,2 Jahren, damit ist der Altersdurchschnitt in den letzten zwei Jahren weiter gesunken (40,17 im November 2016).

Wir wollen mehr Frauen gewinnen und mehr Menschen mit Migrationshintergrund. Denn hier haben wir eine Schwäche, auch wenn wir in Bündnissen, Aktionen und Bewegungen gegen Rassismus aktiv sind. Auch in der neuen Bewegung für Frauenrechte - Frauenkampftag 8. März, gegen die Abtreibungsgegner, für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch und gegen die Kriminalisierung von Ärzt*innen, die über die Möglichkeiten von Schwangerschaftsabbrüchen informieren, in der Blockade gegen den rassistischen Fake-Frauenmarsch der AfD - waren wir aktiv. Es hat sich eine AG Feminismus im Bezirksverband gegründet und erfolgreiche Veranstaltungen zu den genannten Themen durchgeführt. Dies gilt es fortzusetzen.

Basisorganisationen

Die Verankerung in den Neuköllner Kiezen ist in den vergangenen zwei Jahren gestiegen. Eine Herausforderung bleibt das Ausgreifen in den Süden des Bezirkes. Wir konnten hier Fortschritte erzielen. Es haben sich zwei Basisorganisationen südlich des S-Bahn-Ringes gegründet. Die BO Süd im Jahr 2017 und die BO Kranoldkiez im Sommer 2018 befindet sich im Aufbau. Durch die Infostände und Veranstaltungen dieser BOs und des Mietenprojektes in der Gropiusstadt haben wir als LINKE wieder eine sichtbare Präsenz im Süden, die wir noch verstärken müssen.

Die Basisorganisationen Rixdorf, Hermannstraße und Reuterkiez konnten sich personell verstärken und arbeiten kontinuierlich an den Kampagnen der Partei mit und machen regelmäßig eigenständig organisierte, öffentliche Veranstaltungen zu kommunalen, bundespolitischen und internationalen Themen. Entscheidend sind auch die regelmäßigen Infostände, bei denen neben Ankündigungsflyern, Kampagnenmaterial auch die Neuköllnisch verteilt wird. Auch die Basisorganisation BO 44 trifft sich regelmäßig, hat gut besuchte Veranstaltungen organisiert und im Wahlkampf auch einige Außenaktivitäten. Die Außenarbeit der Basisorganisationen trägt wesentlich zu der Stärke des Bezirksverbandes bei. Im Wahlkampf wurde ein Großteil der vielen Außenaktionen dezentral in den Basisorganisationen geplant und organisiert. Die Teilnehmerzahl an den Sitzungen ist tendenziell gestiegen.

Positiv für die Verankerung im Bezirk war die Beteiligung vieler Genossinnen und Genossen an diversen Bündnissen und Initiativen.

b) Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit des Bezirksvorstandes war auch in den zurückliegenden zwei Jahren darauf gerichtet, DIE LINKE in Neukölln bekannter zu machen und Zustimmung zu unseren Einschätzungen, Positionen und Schlussfolgerungen zu bekommen.

Öffentlichkeitsarbeit, das sind für uns nicht nur die Verbreitung von gedruckten Materialien und Pressemitteilungen, sondern vor allem die Präsenz im öffentlichen Raum mit Infoständen und persönlichen Gesprächen, die Organisation von Veranstaltungen und die Teilnahme an Demonstrationen mit sichtbarer Präsenz. Vor allem die Basisorganisationen des Bezirksverbandes hatten daran großen Anteil. Teil davon war auch die selbstständige Erstellung von Flugblättern durch die Basisorganisationen, die an Infoständen und im unmittelbaren Umfeld verteilt wurden. Vor allem zu Veranstaltungen der Basisorganisationen vermittelten sie neben der konkreten Einladung weitere Informationen und konnten somit Interessierte ansprechen.

Die durch das starke Wahlergebnis gestiegene Bedeutung der BVV-Fraktion, bildet sich über eine verstärkte Arbeit zu konkreten Problemen und Vorgängen im Bezirk ab. Das hat weiteres Potential für alle Bereiche unserer Öffentlichkeitsarbeit und die Verankerung in den bezirklichen Strukturen.

Neuköllnisch

Für die Neuköllnisch stand im Berichtszeitraum eine Herausforderung an: Klaus-Dieter Heiser, der die Mitgliederzeitung jahrelang mit großem Können und politisch-publizistischem Scharfblick erstellt hatte, übergab die Verantwortung an eine neue Redaktion, die mit zunächst zwei, nun einem Redaktionsmitglied auch im Vorstand verankert ist. Nach anfänglichen Konflikten und Lernprozessen hat sich ein engagiertes Redaktionskollektiv zusammengefunden. Die Arbeit an der Zeitung verteilt sich so auf mehreren Schultern.

Im Zuge des Generationenwechsels hat auch eine Neuauflage des Layouts stattgefunden. Der nächste Schritt ist die Lancierung einer Website zur Ergänzung der Printversion, so dass die Inhalte und Positionen der Zeitung auch auf sozialen Medien verbreitet werden können und damit die Online-Öffentlichkeitsarbeit des Bezirksverbandes unterstützen können. Nach wie vor wird die gedruckte Neuköllnisch als Verteilzeitung für die Straße – und das heißt als Mittel der Kontaktaufnahme, Information und Aktivierung – die Hauptrolle spielen.

Die Neuköllnisch richtet sich an Mitglieder des Bezirksverbandes wie an interessierte Außenstehende. Sie ist ein wichtiges Medium, um die Aktivitäten und politischen Schwerpunkte des Bezirksverbandes einer breiteren Neuköllner Öffentlichkeit zu kommunizieren und sie zum Mitmachen einzuladen. Von einer Bezirkszeitung erwarten ihre Leser*innen Informationen aus ihrem Lebensumfeld. Als *politische* Bezirkszeitung trägt die Neuköllnisch außerdem dazu bei, linke Themen und Kämpfe in Neukölln zu stärken. Weiterhin ist es eine Zielsetzung, dass die Zeitung durch eine klare, verständliche Sprache und durch ein ansprechendes Layout möglichst viele erreicht.

Diesen Auftrag erfüllt die Neuköllnisch, in dem sie von den Aktivitäten des Bezirksverbands und von der BVV-Fraktion, von Demos und Veranstaltungen berichtet, Interviews mit befreundeten Gruppen und Initiativen führt oder zentrale Kämpfe mit ausführlichen Schwerpunkten begleitet. Gerne blickt die Zeitung dabei auch hin und wieder über den Neuköllner Tellerrand – denn nicht nur lokale Themen bewegen den Stadtteil. Inhaltlich waren Felder wie Verdrängung, Naziterror und Rassismus sowie Privatisierung zentral.

Mitgliederinformation:

Die Mitglieder des Bezirksverbands DIE LINKE. Neukölln erhielten in diesem Berichtszeitraum alle ein bis zwei Monate Post vom Bezirksvorstand. Diese Mitgliederpost umfasste in der Regel die aktuelle Neuköllnisch, einen Mitgliederbrief mit allen Terminen, Einladungen, Veranstaltungshinweisen und Aktionsvorschlägen. Regelmäßig werden ein Infobrief der BVV-Fraktion sowie anlassbezogen weitere politische Informationsmaterialien oder Unterschriftenlisten beigelegt. Zusätzlich informiert der Bezirksvorstand wöchentlich per Mail über aktuelle Termine, Veranstaltungen und Aktionen. Seit kurzem enthält die Mail auch ein Kurzbericht über den Inhalt der Bezirksvorstandssitzungen.

Pressearbeit

Auch in der Berichtsperiode veröffentlichte der Bezirksvorstand, häufig im Zusammenwirken mit der BVV-Fraktion, in unregelmäßigen Abständen anlassbezogene Pressemitteilungen. Zum einen waren es Informationen über Aktivitäten des Bezirksverbands, zum anderen Stellungnahmen zu politischen Fragen, die den Bezirk betreffen. Neben den im Bezirk erscheinenden Blättern und Internetportalen fanden sie Beachtung in überregionalen Medien.

Internet-Auftritt: Website und Facebook

Die Internetseite www.die-linke-neukoelln.de wird regelmäßig, zum Teil täglich, aktualisiert. Hier gilt ein besonderer Dank unserem Mitglied Klaus-Dieter Heiser, der diese Aktualität ermöglicht und die Seite betreut. Die Internetseite ist aktionsorientiert und informiert über Aktivitäten des Bezirksverbands und Stellungnahmen des Bezirksvorstands. Die Website ist das zentrale und strukturierte Informationsportal des Bezirksverbands. Sie bietet Raum für Aktivitäten der Basisorganisationen. Eine Internet-Version der Bezirkszeitung Neuköllnisch wird zeitnah zum Erscheinen der Print-Ausgabe online gestellt und ist über das Archiv langfristig abrufbar. Die BVV-Fraktion informiert in eigener Verantwortung und in enger Verbindung mit dem Bezirksvorstand über ihre Arbeit.

Zudem ist DIE LINKE. Neukölln mit einem eigenen Auftritt im sozialen Netzwerk Facebook präsent. Aktuell erreicht die Seite mit rund 2.200 Abonnenten häufig bis zu 8.000 Facebook-Nutzer*innen ist damit die Abo stärkste Seite der Berliner Bezirksverbände der Partei DIE LINKE. Der Kreis der Abonnenten der Facebook-Seite geht inzwischen deutlich über Mitglieder und Sympathisanten des Bezirksverbandes hinaus. Es ist wünschenswert, dass sich weitere Mitglieder unseres Bezirksverbandes und ihre Freunde an der Informationsarbeit über Facebook beteiligen. Die Seite wird aktions- und kampagnenorientiert gestaltet, in der Regel mit Links zu weiterführenden Informationen auf der Internetseite des Bezirksverbandes.

Es macht Sinn, Aktivitäten des Bezirksverbandes sowohl bei der Mobilisierung, als auch im Nachgang bei Facebook zu dokumentieren und dabei die Erfahrungen auch anderen Mitgliedern zu vermitteln. Zum Beispiel das Straßenfest BO Hermannstraße wurde sowohl bei Facebook beworben wie auch die Erfahrungen und Eindrücke dokumentiert. Gleiches gilt für Veranstaltungen und Sitzungen der Basisorganisationen. Werden die Inhalte der Treffen bereits vorher über die Internetseite und Facebook kommuniziert, können wesentlich mehr Interessierte erreicht werden. Die Erfahrungen zeigen, dass es sinnvoll ist, dafür auch auf der Ebene der Basisorganisationen klare Verantwortlichkeiten zu schaffen und AnsprechpartnerInnen zu benennen.

c) Zusammenarbeit mit der BVV-Fraktion

Die Kommunikation zwischen Fraktion und Vorstand wurde auch nach der personellen Verstärkung der Fraktion nach den Wahlen 2016 durch hohe personelle Überschneidungen sichergestellt. Meist zu Beginn der Vorstandssitzung gab es Berichte zu den stattgefundenen BVV-Sitzungen und insbesondere zu den Initiativen der Fraktion der LINKEN. Auch auf den Mitgliederversammlungen wurde regelmäßig über Entwicklungen in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) informiert.

Durch die stark gewachsene Fraktion ist auch der direkte Austausch mit den BOs kontinuierlich besser geworden.

Die Aktivitäten der Bezirksfraktion orientierten sich oft an der Arbeit des Bezirksverbandes und brachten die politischen Themen in Form von Anträgen und Anfragen in die BVV. So gelang es, für verschiedene Kampagnen zusätzliche Öffentlichkeit zu schaffen und die Kampagnen auch parlamentarisch zu begleiten. Vor allem wurde die Welle rechter Gewalt in Neukölln mehrfach in der BVV thematisiert und die Taten durch die Mehrheit auf schärfste verurteilt.

Weiter verabschiedete die BVV auf Initiative der LINKEN eine Entschließung gegen die Privatisierung beim Schulbau. Bei der erfolgreichen Zusammenarbeit der Berliner Bezirke in der Frage der Schulsanierung hat das Bezirksamt Neukölln eine wichtige Rolle gespielt. Das passierte unter anderem auch wegen der frühzeitigen Sensibilisierung durch die LINKE in der BVV.

Durch die Arbeit der LINKEN in der BVV konnte beim Jobcenter die kurzzeitig abgeschaffte Bestätigung des Eingangs von Drucksachen rückgängig gemacht werden und die Information über das Recht auf Begleitung bei einem Termin eingefordert werden. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit der Fraktion ist der Kampf gegen steigende Mieten. Kaum noch gibt es eine Sitzung ohne Einwohnerfragen zu diesem Thema. Der Verkauf von Mietshäusern und die damit einhergehenden Luxusmodernisierungen mit der Folge der massiven Steigerung der Mieten bedroht viele Neuköllner*innen. Aber es schließen sich auch immer mehr Mietergemeinschaften zusammen und wehren sich dagegen. Das bezirkliche Vorkaufsrecht in Milieuschutzgebieten kann hier helfen. Auch bei diesem Thema arbeiten Fraktion und Bezirksverband verstärkt zusammen, um Mieteninitiativen im Bezirk zu unterstützen, zum Beispiel im Fall der Initiative Löwensteinring.

Dass DIE LINKE in Neukölln bei Umfragen derzeit so gut abschneidet, ist auch Ergebnis der erfolgreichen Arbeit der Fraktion. Die Fraktion DIE LINKE wird verstärkt von Bürger*innen angesprochen und um Hilfe gebeten. Die Fraktion versucht, die jeweiligen Anliegen der Betroffenen im Rahmen der Möglichkeiten auf Bezirksebene zu unterstützen.

Die Fraktion war oft Ansprechpartner für außerparlamentarische Initiativen und konnte wichtige Kontakte herstellen und pflegen. Dies geschah auch durch öffentliche Veranstaltungen der Fraktion wie bspw. die Veranstaltung „Schule in Not“ im Nachbarschaftsheim Neukölln in der Schierker Straße. Bei den Frühjahresempfängen der Fraktion im Rathaus konnten sich unterschiedliche Neuköllner Initiativen vorstellen. Besonders der Empfang am 2. Mai 2018 zum 200. Geburtstag von Karl Marx unter dem Motto „Mehr Marx für Neukölln“ mit einem Beitrag von Katja Kipping war eine gelungene Veranstaltung.

Die Fraktion hat sich um die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit bemüht. Die Information der Mitgliedschaft über die Arbeit der Fraktion wurde durch viele Artikel in der Neuköllnisch, durch eine neue Internetseite, den Auftritt in sozialen Medien und den Infolyer sichergestellt.

Bei ihrer Arbeit hat die Fraktion auch die Vernetzung mit den anderen Bezirksfraktionen der LINKEN vorangetrieben. Vorschläge für Initiativen wurden übernommen oder weitergegeben. Mit der Fraktion der LINKEN in Tempelhof-Schöneberg gab es eine gemeinsame Fraktionssitzung. Auf Landesebene fand dies insbesondere über die AG Bezirke statt.

Die Fraktion tritt für ein friedliches Miteinander aller Menschen in Neukölln ein und hat sich dementsprechend in der gebotenen Schärfe gegen das populistische Agieren der AfD in der BVV verwehrt. Die Wahl des inzwischen zur CDU gewechselten AfD-Stadtrates konnte bis zum Januar 2017 verhindert werden. Wegen der Blockade der BVV durch die inzwischen in zwei Fraktionen gespaltete AfD-Liste kommt es zu einer Vielzahl an Zusatzterminen.

Wenn auch die unsägliche Spar- und Personalabbaupolitik ein Ende hat, gibt es eine Vielzahl von Problemen im Bezirk. Deshalb hat die Fraktion darüber hinaus eine Vielzahl von Anfragen und Anträgen eingebracht, die auf der Website nachzulesen sind:

<http://www.die-linke-neukoelln.de/linksfraktion/drucksachen/>

Bedauerlich war der Verlust eines Mandates der Fraktion im Dezember 2017 durch den völlig unerwarteten Wechsel einer Bezirksverordneten zur SPD-Fraktion.

Seit Juni 2018 werden die Beschäftigten der Fraktion angemessen vergütet. Die LINKE hat die Stelle geteilt und Jorinde Schulz und Tony Pohl sind jetzt für die Fraktion tätig. Für die Tätigkeit in der Fraktion hat Tony Pohl sein BVV Mandat zurückgegeben und dafür ist Christian Posselt Mitte dieses Jahres nachgerückt.

DIE LINKE hatte zu Beginn der Wahlperiode gegen die undemokratische Ausschussbesetzung ohne Erfolg geklagt. Nach zwei Jahren Mühe hat das Einzelkämpfertum im August 2018 ein Ende und DIE LINKE hat in den Ausschüssen ein zweites Mandat erhalten.

Wenn die guten Umfragewerte der Neuköllner LINKEN sich bei der nächsten Wahl auch in Mandaten niederschlägt, brauchen die Fraktion weitere Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Kommunalpolitisch Interessierte sind in der Fraktion immer willkommen!

d) Finanzen

Die Einnahmen konnten im Vergleich zu den Vorjahren deutlich gesteigert werden. Unser Dank gilt unseren Mitgliedern, deren Durchschnittsmitgliedsbeitrag auf 14,42 € stieg. Auch die zahlreichen neuen Mitglieder sorgen für eine gute finanzielle Situation des Bezirks. Die zusätzlichen BVV-Verordneten nach der Berlin-Wahl 2016 sorgen für erhöhte Einnahmen aus den Mandatsträgerbeiträgen. Auch das Spendenaufkommen konnte im Vergleich zu den Vorjahren deutlich gesteigert werden.

Mit Beginn des Jahres 2018 wurden die Abführungen des Bezirksverbandes an den Landesverband von 60% auf 65% erhöht.

	Januar-Dezember 2017	Januar-Juni 2018
Beiträge	71.367,34 €	43.071,42 €
Beiträge EL	1.465,00 €	2.349,50 €
Mandatsträgerbeiträge	19.622,36 €	7.251,00 €
Spenden	3.110,00 €	1.850,00 €
Gesamteinnahmen:	95.564,70 €	54.521,92 €
lfd. Geschäftsbetrieb	7.350,80 €	2.836,47 €
allg. pol. Arbeit	13.103,10 €	6.284,67 €
Abführung an LV	31.842,00 €	23.191,99 €
Abf. Diff. Mietnormativ	36,18 €	- €
Abführung EL an LV	1.465,00 €	2.378,50 €
Abf. aus Übererfüllung	9.148,67 €	- €
Wahlkampfkosten	15.112,84 €	- €
Gesamtausgaben:	78.058,59 €	34.691,63 €

Den Großteil der Kosten der Geschäftsstelle wird vom Landesverband getragen (Grundausrüstung, Miete, Personalkosten, Strom- und Betriebskosten).

Der Bundestagswahlkampf 2017 schlug mit 15.112 € zu Buche, die relativ hohen Ausgaben konnten aber in sehr gute Ergebnisse bei der Wahl umgemünzt werden.

Das Festgeldkonto des Bezirks konnte weiter aufgefüllt werden, zudem verfügt der Bezirksverband über Rücklagen von 27.000 € beim Landesverband.

	Dezember 2017	Juni 2018
Kasse	586,29 €	1.561,91 €
Festgeldkonto	48.209,97 €	61.764,20 €
Rücklagen	27.000,00 €	27.000,00 €
Gesamt	75.796,26 €	90.326,11 €

Fazit: Der Bezirk Neukölln konnte die positive finanzielle Entwicklung fortsetzen, verfügt über einen gesunden Haushalt und ist für die zukünftigen Herausforderungen bestens aufgestellt.

3. Politische Arbeit

Solidarität mit den Beschäftigten im Krankenhaus - Volksbegehren für gesunde Krankenhäuser

Nach den Erfolgen der Gewerkschaft ver.di und des Bündnisses für mehr Personal im Krankenhaus mit der Einführung von Personalschlüsseln an der Charité wird in einem nächsten Schritt eine berlinweit verbindliche Regelung angestrebt. Dazu wurde vom Bündnis das Instrument des Volksbegehrens gewählt. Ziel ist die Änderung des Berliner Krankenhausgesetzes, mit der Einführung eines Personal-Patienten-Schlüssels und der Festlegung einer höheren Investitionssumme des Landes Berlins in die Berliner Krankenhäuser. Die Vorbereitungen dazu wurden aus Neukölln frühzeitig unterstützt und die Ziele des Volksbegehrens konnten erfolgreich in die parteiinterne Debatte zur Pflege- und Gesundheitspolitik eingebracht werden.

In Neukölln wurde bereits vor dem offiziellen Start des Volksbegehrens unter Beteiligung der Basisorganisationen eine Sammelgruppe aufgebaut. Diese traf sich regelmäßig um Veranstaltungen, Aktionen und Sammeltermine zu koordinieren. Zu einer Informationsveranstaltung im März 2018 wurde erfolgreich mobilisiert. Hier wurden die Neuköllner*innen informiert, hatten die Möglichkeit ihrerseits Infomaterial und Unterschriftenlisten mitzunehmen. Zudem konnte in der Folge der Kreis der Aktiven an den regelmäßigen Treffen und Sammelaktionen ausgeweitet werden. So konnte DIE LINKE Neukölln zu einem erheblichen Teil zu den 47.512 Unterschriften beitragen, die das Bündnis im Juni 2018 der Senatsverwaltung übergab und damit die erste Stufe erfolgreich abschloss.

Der Erfolg des Volksbegehrens zeigt sich auch durch bundesweit gestartete, thematisch ähnliche Volksbegehren, u.a. in Hamburg und Bayern, die eine ähnlich positive Resonanz erfahren.

Erfolgreich gegen Schulprivatisierung

Mit der Sammlung von tausenden Unterschriften leistete unser Bezirksverband einen wichtigen Beitrag für den großen Erfolg von 28.070 gültigen Unterschriften der Volksinitiative gegen die geplante Privatisierung von Schulgrundstücken und Schulbauten. Dadurch kamen wir mit vielen Berlinerinnen und Berlinern ins Gespräch und konnten deutlich machen, dass sich DIE LINKE Neukölln weiterhin gegen jede Privatisierung öffentlichen Eigentums stellen wird. Eng arbeiteten wir dabei wieder mit Bürgerinitiativen wie dem Verein „Gemeingut in BürgerInnenhand“ zusammen. So informierte uns ein Vertreter des Vereins bei der

Mitgliederversammlung im September dieses Jahres über die Hintergründe und den aktuellen Stand bei der Schulbau-Volksinitiative. Die erfolgreiche Unterschriftensammlung führt nun zu einer öffentlichen Anhörung der Initiative im Berliner Abgeordnetenhaus noch im Herbst dieses Jahres.

Mit Diskussionsveranstaltungen trugen wir dazu bei, Berliner*innen und Parteimitglieder über die Gefahren einer Übertragung von Schulgrundstücken an die städtische Wohnungsgesellschaft HOWOGE zu informieren. Diese unterliegt als GmbH dem Privatrecht, auch wenn sie formell dem Land Berlin gehört. Damit droht eine „formelle“ Privatisierung der Berliner Schulgrundstücke und Schulbauten. In Anträgen und Redebeiträgen auf Landesparteitagen forderten wir unsere Landespartei deshalb auf, sich im Senat gegen die Bildung der Schulbau GmbH zu stellen. Außerdem wendeten wir uns in zwei Briefen an den Parteivorstand, um auf die konkreten negativen Auswirkungen für Berlin und den damit drohenden Glaubwürdigkeitsverlust für die Bundespartei hinzuweisen.

Wohnen bleiben

Die Neuköllner Kieze zählen inzwischen zu den begehrten Lagen und hippsten Orten in internationalen Rankings. Deshalb setzen wir uns vom Neuköllner Norden bis zur Gropiusstadt für bezahlbare Mieten ein. Beispielhaft ist die Unterstützung der Organisation der Mieterschaft in der Großsiedlung im Süden: betroffenen Mietern verschaffen wir Gehör und Perspektive.

Als Ansprechpartner bei Mietenproblemen arbeiten wir praktisch mit der Mieterberatung der QMs, Mieterorganisationen, betroffenen Hausgruppen und Mieterinitiativen zusammen (Maybachufer, Mahlower Block). Und sind am erfolgreichsten, wenn wir auf der Straße und im Rathaus zusammenstehen. Dabei werden wir in der Öffentlichkeit nicht als Bezirksverband und Fraktion wahrgenommen, sondern sind DIE LINKE in Neukölln.

Zusammen mit der AGH-Fraktion und der Senatsverwaltung werden die Abwendungsvereinbarungen bei Hausverkäufen in Milieuschutzgebieten verschärft. Im Bezirk gibt es einen Austausch von Fachinfos und Diskussionsbeiträgen mit den BOs wie zum Gentrifizierungsschub durch Internetgroßakteure oder zur Teilbebauung der Friedhöfe/Hermannstraße. Im Neuköllnisch werden linke Positionen zu Städtebau und Wohnen vertreten und in die Partei und nach außen kommuniziert. Dazu gehört die Ablehnung von Hotelneubauten und die Bewerbung der Kampagne „Deutsche Wohnen enteignen“.

Die Mietenproblematik erfordert gemeinsame Strategien mit Bündnispartnern und unseren Einsatz über Jahre. Das gilt besonders für den Widerstand gegen Bestandsmieter verdrängende, aggressive Immobilienfonds und die Umwandlung in Eigentumswohnungen. Kleine Läden müssen vor der Übernahme durch touristische Gastronomie geschützt werden. Und kein Neubauvorhaben gehört ohne mindestens 30 bis 50% Sozialwohnungen realisiert!

Rechtsberatung

Die Rechtsberatung durch die Fachanwältin für Sozialrecht Lara Heitmann findet weiterhin jeweils am zweiten und vierten Mittwoch im Monat statt. Sie wird von den Betroffenen gern und häufig in Anspruch genommen, da neben einer ausführlichen, fachkundigen Beratung durch die Anwältin auch Kontakt zu anderen Betroffenen aufgenommen werden kann. Bei Bedarf wird auch ein Beistand organisiert, denn niemand muss allein zum Jobcenter. Einige Monate konnten wir eine Mietenrechtsberatung in der Geschäftsstelle anbieten, die auch gut besucht wurde. Wir bemühen uns derzeit eine kompetente Fachkraft zu finden, um die Mieterberatung 2019 wieder aufleben zu lassen. Das ein Bedarf dafür besteht, haben die Info-Stände und Gespräche vor dem Jobcenter Neukölln gezeigt.

Modellprojekt „Organisierung in sozialen Brennpunkten“

Ende 2016 hat der Bezirksverband den Zuschlag für das Modellprojekt „Organisierung in sozialen Brennpunkten“ erhalten. Begleitet durch die Bundesgeschäftsstelle unterstützen aktive Mitglieder und SympathisantInnen MieterInnen in einem Mietshaus in Gropiusstadt beim Aufbau einer Mieter*inneninitiative. Hintergrund sind die steigenden Mieten in der Gropiusstadt nach Ablauf der Mietpreisbindung durch Anpassungen an den Mietspiegel und durch Modernisierungsumlagen. In aktivierender Zusammenarbeit mit der Mieterinitiative konnten Erfolge in Zusammenhang mit der Gesundheitsgefährdung durch die Asbestsanierung und mit der Einrichtung einer kostenlosen und unabhängigen Mietrechtsberatung durch das Bezirksamt errungen werden. Dem Aufruf zur Kundgebung „Mietenwahnsinn stoppen! Für ein gutes Leben in Gropiusstadt“ sind 150 Anwohner*innen gefolgt.

Wegen der mangelnden Kooperationsbereitschaft seitens des Vermieters wird das Modellprojekt häuserübergreifend auf jene Bereiche des Stadtteils ausgeweitet, die in den 1990er Jahren privatisiert wurden. Durch öffentlichkeitswirksame Aktionen, rufschädigenden Kampagnen und einer umfassenden Mobilisierung der Bevölkerung soll der Druck auf die Eigentümer erhöht werden, der Forderung nach sozialen Zugeständnissen nachzukommen und ggf. einer Übernahme ihrer Bestände durch das Land oder einen gemeinwirtschaftlichen Träger zuzustimmen. Bei der Ausweitung des Projekts können die Organizer*innen von den bisher gesammelten Erfahrungen und der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Kernaktiven aus der Mieter*inneninitiative profitieren.

Internationale Solidarität – gegen G20-Gipfel und gegen Krieg

Im Rahmen des G20 Gipfels in Hamburg hat sich der Bezirksverband politisch eingebracht. Im Vorfeld wurden verschiedene inhaltliche Veranstaltungen zu diesem Themenkomplex organisiert. Unter anderem zu dem Thema der G20-Afrika-Konferenz in Berlin mit Niema Movassat. Darüber hinaus wurde zu der Demonstration gegen die G20-Afrika-Partnerschaftskonferenz und gegen die ausbeuterischen Wirtschaftsabkommen der EU mit vielen afrikanischen Staaten in Berlin am 10. Juni 2017 mobilisiert.

Mit einem Organisator der Groß-Demonstration Jan van Aken und unserer Kandidatin für das Direktmandat in Neukölln Judith Benda fand eine öffentliche Kundgebung statt, auf der auch für die Großdemonstration in Hamburg am 8. Juli 2017 mobilisiert wurde. Für diese wurde öffentlich ein Plakat für die Demonstration gemalt. Diese gemeinschaftliche Aktion wirkte verbindend und vorbeilaufende Personen konnten für das Thema sensibilisiert werden und es kam zu vielen interessanten Gesprächen. Auch die Mobilisierung zu der Demonstration in Hamburg war ein voller Erfolg. Ca. 30 Personen aus Neukölln schlossen sich dem Aufruf an und sind gemeinsam mit zur Demonstration von 76.000 Menschen nach Hamburg gefahren.

Somit hat sich der Bezirksverband aktiv gegen die sogenannten Lösungen der G20 und für eine solidarische und friedliche Welt, mit einem internationalistischem und antikapitalistischen Ansatz, eingesetzt. Damit konnte der Bezirksverband in der Vorwahlkampfzeit sein Profil schärfen. Die sehr guten Wahlergebnisse und Neumitgliedergewinne der LINKEN in Hamburg und in Berlin-Neukölln zeigen, dass diese Schwerpunktsetzung richtig ist.

Beim G20 Gipfel trafen sich mit Trump, Putin, Erdogan und Merkel auch die großen KriegstreiberInnen und AufrüsterInnen. Um weiter gegen Aufrüstung und Krieg im Bezirk sichtbar zu sein, war es wichtig Veranstaltungen wie z.B. „Krieg im Jemen austrocknen! Deutsche Waffenexporte stoppen!“ am 20. März, „Kampf um Rojava“ am 11. April bzw. „Der israelisch-palästinensische Konflikt in der Ära Trump“ am 19. Juni 2018 durchzuführen. Wir machen auf Unterdrückung und die Kriegstreiber dieser Welt aufmerksam und kritisieren die Rolle der Bundesregierung und ihre Waffenexporte. Hierbei war es uns vor allem wichtig auch die Themen anzusprechen, die den NeuköllnerInnen nahe gehen. Der Bezirksverband setzt sich für eine Entmilitarisierung ein und hat sich an den Ostermärschen 2017 und 2018, zum Antikriegstag und an weiteren Aktivitäten der Friedensbewegung gegen Aufrüstung beteiligt.

Aktiv gegen Rechts: Antifaschismus und Antirassismus

BVV-Mitglieder, die über die AfD in die BVV gekommen sind und sich gespalten haben, unterstützen öffentlich Neuköllner NPD-Bürgerwehren, andere beteiligen sich beim Nazi-Aufmarsch in Köthen. Die AfD Neukölln missachtet das Gedenken an den Holocaust und die Verbrechen des Nazi-Regimes, wenn sie einen Antrag gegen Stolpersteine stellt. Eine Woche später wurden Stolpersteine geschändet. Der Aufstieg der AfD und ihre Hetze stacheln rechte Gewalttäter in Neukölln auf.

Die AfD kann als parlamentarischer Arm der faschistischen Bewegung und als faschistische Partei im Werden charakterisiert werden. Der faschistische Flügel hat an Stärke und Einfluss gewonnen. Die AfD ist in Chemnitz offen zusammen mit ihren Bündnispartnern von Pegida und Neonazis in Chemnitz aufmarschiert. Die Widersprüche in der AfD bleiben bestehen. Das sind sowohl taktische Differenzen und Widersprüche, als auch inhaltliche - z.B. an der Frage national-sozial oder neoliberal.

Die direkte Mobilisierung gegen die AfD - mit Argumenten und Straßen-Aktionen im Wahlkampf - und mit Gegendemonstrationen zu Aufmärschen, Parteitage und anderen Aktionen spielen dabei eine zentrale Rolle. Die Frage der Gegenmobilisierung bleibt ein zentrales Element. Aufstehen gegen Rassismus spielt darin eine wichtige Rolle als bundesweites, auf Dauer angelegtes Bündnis, das seinen Fokus auf den Kampf gegen die AfD und dem Rechtsruck richtet und den Antifaschismus in die Mitte der Gesellschaft trägt.

In dem Zusammenhang ist vor allem die Verwurzelung von Aufstehen gegen Rassismus im Bündnis Neukölln sehr wichtig und wird von Mitgliedern der Neuköllner LINKE und auch von unserem Vorstand pro aktiv unterstützt. Denn gerade auch in Hinblick auf den rechten Terror in Neukölln ist die Bündnisarbeit sehr wichtig, um vor allem auch einzelne Initiativen, wie z.B. die Burak-Bektas-Initiative, Rudow Empört sich oder auch Hufeisern gegen Rechts gemeinsam in ihrem Kampf zu unterstützen.

Gemeinsam mit den Initiativen gab es, unter anderem auch im Rahmen unserer Bündnisarbeit gegen Rechts zahlreiche Aktionen und Veranstaltungen. Vor allem die Veranstaltungsreihe Offenes Neukölln ist 2017 vom Bündnis Neukölln für die bessere Verzahnung der unterschiedlichen Initiativen für ein offenes und vielfältiges Leben im Bezirk ins Leben gerufen worden. Im letzten Jahr hatte der Bezirksverband mit den Veranstaltungen „Islamfeindlichkeit – Türöffner für die neue Rechte“ und „Türkischer Nationalismus in Deutschland“ teilgenommen und hat in 2018 mit den Veranstaltungen „Feindbild Islam und Institutioneller Rassismus“, „Rechte kämpfen für Frauenrechte?“ und „Für das Recht auf Kopftuch im Öffentlichen Dienst“ zahlreiche Neuköllner*innen erreicht. In dem Zusammenhang hat der Bezirksvorstand auch einen Antrag beim Landesparteitag eingereicht, mit dem die Beendigung der Diskriminierung von Muslimen mit Kopftuch durch das Neutralitätsgesetz fokussiert wurde.

Mit einer Kundgebung am 3. Februar 2018 mit mehr als 500 TeilnehmerInnen aus unterschiedlichen Vereinen und Bewegungen sowie Gewerkschaften und Parteien, sowie zahlreichen Presse- und Medienvertreterinnen vor dem Rathaus Neukölln nach dem letzten Terroranschlag der Nazis im Süden Neukölln am 1. Februar 2018 führte zu einer aktiven Mobilisierung gegen rechts auch im Süden Neuköllns. Nachdem bestehende Strukturen aufgebaut und neue geschaffen wurden, beteiligte sich Anfang April unser Bezirksvorstand an der Eröffnung der Gedenkstätte für Burak Bektas und organisierte im Rahmen der Bündnisarbeit eine Großdemonstration gegen rechten Terror mit über 1000 Teilnehmerinnen im Süden Neuköllns am 21. April 2018. Das war die größte Demo im Süden seit Jahrzehnten. Jedoch sind die Handlanger weiterhin auf freiem Fuß und Neuköllnerinnen und Neuköllner immer noch verängstigt. Anders als im Norden des Bezirks ist es uns (noch) nicht gelungen, antifaschistische Bündnisarbeit auch in Süd-Neukölln zu stärken. Der politische Druck sowohl im Bezirk als auch auf Landesebene muss weiter aufrechterhalten werden, damit der rechte Terror mit allen Mitteln auch in unserem Bezirk bekämpft werden kann.

Am 30. August 2018 hatte eine weitere Großdemonstration auf Initiative der BO Reuterkiez und der Linksjugend [solid] Kreuzkölln unter dem Motto „Ob Chemnitz oder Neukölln: Auf die Straße gegen rechte Gewalt“ 10.000 Menschen nach Neukölln mobilisiert. Diesen Kampfgeist müssen wir im Bezirk weiter aufrecht erhalten, um sowohl den Rechten in den Parlamenten als auch auf den Straßen gemeinsam unter dem Motto „wir sind mehr“ und wir sind „unteilbar“ entgegenzutreten.

Die Bundestagswahlen 2017: ein großer Erfolg für die LINKE in Neukölln

In Neukölln haben wir es geschafft, auch dank der von uns vorgenommenen Zuspitzung (Slogan „Menschen vor Profite“, Papierplakate zu den Themen "Solidarität statt Rassismus" , „Wir können und die Reichen nicht mehr leisten“ , „Unsere Umwelt ist keine Ware“ und „Nein zum Hartz IV System. Nein zu Niedriglöhnen“), den Protest nach links zu kanalisieren. Unser Plakat mit Judith Benda als Direktkandidatin kam sehr gut an und hat unter dem Motto „Menschen vor Profite“ und mit einem Demonstrationsfoto unsere antikapitalistische und Bewegungsorientierung betont. Wir setzen seit Jahren auf antikapitalistische und antirassistische Kampagnen und haben so den Zuspruch für DIE LINKE kontinuierlich ausgebaut. Es ist uns gelungen, die Mitgliedschaft für einen aktiven Wahlkampf zu mobilisieren. Unsere große Stärke ist die Kampagnenfähigkeit unserer Mitgliedschaft. Dank des monatelangen Großeinsatzes vieler unermüdlicher Mitglieder konnten wir in den Neuköllner Kiezen punkten. Lautsprechertouren, eigene Sticker und Plakate, Haustürwahlkampf und Infostände.

Wir haben DIE LINKE stärker im Bezirk verankert und mit Initiativen und außerparlamentarischen Bewegungen zusammengearbeitet. Die guten Wahlergebnisse sind auch ein Erfolg jahrelanger politischer Arbeit. Die Menschen in Neukölln schätzen uns, weil wir sie bei Arbeitskämpfen, Mieterprotesten, gegen Hartz IV und im Kampf gegen Rassismus und die AfD verlässlich unterstützen. Der aktive Wahlkampf hat sich darin niedergeschlagen, dass viele Leute bei uns eingetreten sind. Es ist uns gelungen, im Wahlkampf ca. 100 neue Mitglieder zu gewinnen. Dies ist der größte Zuwachs in Neukölln seit Gründung der LINKEN.

25.752 Zweitstimmen wurden für DIE LINKE im Neuköllner Wahlkreis abgegeben. Das sind 18,3 Prozent, ein Plus von 4,1 Prozentpunkten und mehr als 6.000 Stimmen gegenüber dem Jahr 2013.

Judith Benda bekam als Direktkandidatin für DIE LINKE in Neukölln 23.204 Stimmen. Das sind 16,6 Prozent, ein Plus von 4,8 Prozentpunkten gegenüber dem Bundestagswahlergebnis von 2013.

Damit haben wir in Neukölln bei Erst- und Zweitstimmen erneut das beste Ergebnis für DIE LINKE in einem reinen Westwahlkreis der Republik erzielt. Zugleich bedeutet dieses Ergebnis Platz 19 auf der Liste aller Wahlkreise bundesweit. Nach Nürnberg, Hamburg-Altona und Bremen haben wir zudem den viertstärksten Stimmenzuwachs für DIE LINKE in ganz Deutschland erzielt.

DIE LINKE ist in Nord-Neukölln die stärkste der Parteien. In den meisten Wahlkreisen liegen wir bei über 30 Prozent der Zweitstimmen.

Offensichtlich gelang es uns vor allem, ehemalige Nichtwählerinnen und -wähler sowie ehemalige SPD-Wählerinnen und -Wähler zu gewinnen. Unsere Hochburgen liegen bisher klar im Norden. Das hat vor allem mit der sozialen Zusammensetzung und unserem jahrelangen aktiven Parteaufbau in den dortigen Kiezen zu tun. Berlinweit ist DIE LINKE dort stark, wo es einen hohen Anteil an Hartz-IV-Betroffenen gibt und wo es einen hohen Anteil an Nicht-Wahlberechtigten gibt.

In den Süd-Neuköllner Wahlkreisen hat DIE LINKE insgesamt ebenfalls zugelegt. In Britz stehen wir bei 11,2, in Buckow bei 8,8, in der Gropiusstadt bei 9,3 Prozent und in Rudow bei 6 Prozent. Zuwächse haben wir vor allem in der Gropiusstadt und in Britz, wo wir tatsächlich mit Aktivitäten präsent waren. Der weitere Parteaufbau in Süd-Neukölln wird eine wesentliche Herausforderung der kommenden Jahre.

Gerade in Süd-Neukölln ist die AfD stark geworden. Doch im Vergleich zu den Abgeordnetenhauswahlen hat sie bei der Bundestagswahl Stimmen verloren. Die offensive Konfrontation, die Anstrengungen gegen die

AfD im Wahlkampf und die zahlreichen Kundgebungen des „Bündnis Neukölln“ gegen die Wahl eines AfD-Stadtrats und Proteste gegen Veranstaltungen mit dem Neofaschisten Andreas Wild haben sich gelohnt: Die AfD Neukölln hat Andreas Wild in letzter Sekunde zurückgezogen. Der Stadtrat ist aus der AfD ausgetreten. Wir haben die Aktivitäten gegen die AfD weiter unterstützt.

DIE LINKE Neukölln hat einen entscheidenden Beitrag zum starken Ergebnis der Berliner Linken beigetragen. Zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres hat die Landesspitze verhindert, dass die von der Neuköllner Mitgliedschaft gewählten Personen aussichtsreiche Plätze auf der Landesliste erhalten. Anstatt die Neuköllner Personalvorschläge zu unterstützen, hat sie sich für Kandidatinnen und Kandidaten ohne Wahlkreis und ohne Mitgliedervotum eingesetzt, die sich auf Landesparteitagen mit äußerst knappen Ergebnissen (51 Prozent) durchgesetzt haben.